

„Friede denen in der Ferne und denen in der Nähe“

(Jesaja 57,19)

Zum Themenjahr
„Reformation und Toleranz“

Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft
für die 7. Tagung der Elften Kirchensynode
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

(gemäß Art. 47 Abs. 1 Nr. 16 KO)

Frankfurt/Main, April 2013

von

Kirchenpräsident Dr. Volker Jung

Sehr geehrter Herr Präses, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Am 31. Oktober 2012 haben wir in Worms gemeinsam mit der Botschafterin für das Reformationsjubiläum Margot Käßmann den Gottesdienst zum Reformationstag gefeiert. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mit diesem Gottesdienst und dem anschließenden Vortrag von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich das Themenjahr „Reformation und Toleranz“ zur Reformationsdekade eröffnet. Am vergangenen Wochenende fanden in Worms als eine der zentralen Veranstaltungen dieses Themenjahres die „Wormser Religionsgespräche“ statt. Unter dem mit Fragezeichen versehenen Titel „Dulden oder verstehen?“ gab es in Zusammenarbeit mit der Stadt Worms und dem Dekanat Worms-Wonnegau zahlreiche Veranstaltungen – unter anderem einen Vortrag von Bundestagspräsident Norbert Lammert und eine interreligiöse und interdisziplinäre Podiumsdiskussion. Dass die Stadt Worms eine bedeutende Stadt ist, wissen wir – zumindest in der EKH – schon länger. Dass das Thema „Toleranz“ eine zentrale Bedeutung für unsere Gegenwart hat, wird durch das Themenjahr „Reformation und Toleranz“ eindrücklich unterstrichen.

Deshalb greife ich das Thema gerne für meinen diesjährigen „Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft“ auf. Es geht bei dem Thema „Toleranz“ darum, wie wir in Kirche und Gesellschaft Vielfalt bewältigen. Der Tübinger Professor für Systematische Theologie Christoph Schwöbel hat die Situation in einer globalisierten Welt vor kurzem so beschrieben: Menschen aus unterschiedlichstem religiösen und kulturellen Kontext treffen immer öfter unvermittelt aufeinander. Die Folge ist, dass Fremde plötzlich zu Nachbarn werden. Schwöbel schreibt wörtlich: „Man muss sich freilich deutlich machen, dass das uns so vertraute Eigene für den Anderen genau dieselbe Fremdheit hat. In der pluralistischen Gesellschaft sind wir immer beides: vertraut und fremd zugleich.“¹ Das ist eine große Herausforderung.

Wenn wir über Toleranz nachdenken, geht es um eine Verhältnisbestimmung. Es geht um die Frage: In welchem Verhältnis stehen wir zu anderen, die uns vertraut und fremd zugleich sind? Das ist aber niemals eine bloß theoretische Aussage. Verhältnis heißt hier natürlich immer auch: Wie verhalten wir uns gegenüber den anderen?

Ich habe mir vorgenommen, im diesjährigen Bericht über unser Verhältnis zu anderen zu berichten und dabei Verhältnisbestimmungen vorzunehmen. Was verbindet, was trennt, was ist nötig, wenn wir Toleranz leben wollen?

Diesen Verhältnisbestimmungen stelle ich einige grundsätzliche Gedanken zum Toleranzverständnis voran.

(1.) Grundsätzliches zum Toleranzverständnis

Toleranz kommt von dem lateinischen Wort „tolerare“. Und das bedeutet zunächst einmal: „erdulden, ertragen.“ Wir sind uns vermutlich schnell einig, dass ohne die

¹ Christoph Schwöbel, Evangelische Pointe, in: zeitzeichen 4/2013, 27 – 29, S. 27.

Fähigkeit, einander zu „erdulden und zu ertragen“ unser Zusammenleben nicht funktionieren würde. Wir würden nicht einen Synodentag erfolgreich bestehen können. Es ist insofern auch folgerichtig, dass die „Befähigung zur Toleranz“ ein Bildungsziel ist. Wir können sogar von einem grundlegenden gesellschaftlichen Konsens sprechen. Dabei geht es auch darum, nicht nur seltsame Gewohnheiten anderer Menschen zu ertragen, sondern auch andere Meinungen, andere Weltanschauungen und andere Religionen. Wir sind uns vermutlich auch schnell einig, dass ohne diese Toleranz nicht nur das persönliche Miteinander, sondern auch unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Das Bundesverfassungsgericht spricht sogar von einem „grundgesetzlichen Gebot der Toleranz“.² Es ist dabei auch klar, dass mit diesem Gebot der Toleranz nicht alles geduldet werden kann und muss. Die vielfach gebrauchte Formel lautet hier: „Keine Toleranz für Intoleranz.“ Gemeint ist damit, dass eine freiheitliche Gesellschaft das nicht zulassen kann, was diese Freiheit und die grundlegenden Werte dieser Gesellschaft in Frage stellt oder gar beseitigen möchte. Was dies im Einzelfall bedeutet, ist dann aber auch immer wieder durchaus strittig. Ich nenne nur das Stichwort „NPD-Verbot“.

Der Weg zu diesem modernen Verständnis von Toleranz war lang und leidvoll. Geistesgeschichtlich betrachtet hat die Reformation zweifellos dazu beigetragen, das moderne Toleranzverständnis zu entwickeln. Martin Luther hat für sich selbst das Recht zur abweichenden Meinung reklamiert, indem er sich auf sein an die Schrift gebundenes Gewissen berufen hat. Luther hat ebenso deutlich markiert, dass der Glaube keinen Zwang verträgt. Der Glaube kann nicht verordnet werden, weil der Glaube sich dem freien Wirken des Geistes und so Gott selbst verdankt. Zugleich war damit aber auch eine erhebliche Intoleranz gegenüber denen verbunden, die sich von ihm inspirieren ließen, aber dann abweichende Positionen vertraten. Das waren die sogenannten Täufer und Schwärmer. Und dazu gehörte leider auch eine für uns heute unerträgliche Intoleranz gegenüber dem Judentum und dem Islam. Hierzu später mehr. Das Themenjahr regt an, sich mit diesen „Schatten der Reformation“³ auseinanderzusetzen. Das bedeutet auch, die Konfessionskriege in der Folge der Reformation in den Blick zu nehmen. Es ist eben keine ungebrochene Linie, die sich von der Reformation zu unserem modernen Verständnis von Toleranz ziehen lässt. Es ist eine Linie des langsamen Lernens von Toleranz.

Staatsrechtlich gesehen ist der Toleranzgedanke ein Ertrag der Konfliktregelungen, genauer der Friedensregelungen nach den Konfessionskriegen der Frühen Neuzeit. Toleranz bedeutet zunächst schlicht, dass Minderheiten geduldet werden. Dieses Toleranz-Verständnis hat in sich ein deutliches Machtgefälle. Der große Philosoph der Aufklärung Immanuel Kant hat deshalb vom „hochmütigen Namen der Toleranz“ geredet.⁴ Er hat damit gemeint, dass ein Fürst, der Toleranz so denkt, es nicht verdient „aufgeklärt“ genannt zu werden. „Unser Goethe“ – und hier in Frankfurt darf man das so sagen – hat ins gleiche Horn geblasen, indem er sagte: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein. Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“⁵

² Hans Michael Heinig, Bürgertugend, nicht Staatspflicht, in: Schatten der Reformation. Das Magazin zum Themenjahr 2013 Reformation und Toleranz. Hg. Kirchenamt der EKD, 8 - 11. S. 11.

³ So der Titel des Magazins zum Themenjahr. S. Anm. 2.

⁴ Immanuel Kant, Was ist Aufklärung? Werke in 10 Bänden, Hg. Wilhelm Weischedel, Bd. 9, Darmstadt 1970, S. 60.

⁵ Johann Wolfgang von Goethe, Maximen und Reflexionen, Nr. 151, Werke. Hamburger Ausgabe, Bd. 12, München 1982, S. 385.

Beiden ist gemeinsam, dass sie sagen: Toleranz muss mehr sein als bloßes Dulden. Denn „dulden“ bedeutet, sich über andere zu stellen und deren Position für minderwertig zu halten. Dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt, um das eigene Toleranzverständnis zu prüfen.

Es ist also offenbar leicht, sich auf ein Toleranzverständnis im Sinn eines „Ertragens“ und „Erduldens“, und zwar im persönlichen, rechtlichen oder politisch-pragmatischen Sinn zu verständigen. Aber können wir auch weitergehen? Kann Toleranz eine Haltung sein, eine Tugend, ein Wert, der Respekt oder gar Anerkennung der anderen einschließt? Diese Frage beinhaltet, dass mir in dem, was der andere vertritt, eine mir fremde Position gegenübertritt, deren Geltungsanspruch ich nicht teile. Eine Definition von Toleranz, die ignoriert, dass unterschiedliche Geltungs- bzw. Wahrheitsansprüche bleibend gegeneinander stehen, wäre verfehlt.

Wir neigen dazu, mit dem Begriff der Toleranz sehr schnell zu verbinden, dass Vielfalt bereichernd ist. Das kann so sein, aber Vielfalt ist auch anstrengend und Last. Und Vielfalt kann auch gefährlich werden, wenn es nicht gelingt, das Leben in Vielfalt zu gestalten. Genau hier liegt die Herausforderung. Denn Vielfalt kann auch nicht heißen, dass alles gleichgültig und alles erlaubt ist.

Theologisch bedeutet dies, dass wir fragen müssen, wie sich unser Wahrheitsanspruch zu den Wahrheitsansprüchen anderer verhält. Nehmen wir exklusiv in Anspruch, dass nur in unserem Glauben Menschen Gott begegnen können? Oder gestehen wir dies anderen auch zu? Wenn wir Toleranz im Sinn von Respekt und Akzeptanz verstehen wollen, was bedeutet dies dann im Blick auf die Gotteserfahrungen anderer? Diese theologische Frage ist umso bedeutsamer, je stärker gerade von Atheisten der alte Vorwurf erhoben wird, dass Religion eher dazu führt, Intoleranz und damit Hass und Gewalt zu fördern als Toleranz und Frieden.

Dass ich diese Auffassung nicht teile, zeigt das biblische Motto an, das ich über diesen Bericht stelle. Ich habe einen Gedanken aus dem Buch des Propheten Jesaja ausgewählt. Dort heißt es in Kapitel 57 Vers 19: „Friede denen in der Ferne und denen in der Nähe, spricht der HERR.“ Diese Worte drücken für mich ganz konzentriert aus, was Gott uns als sein Wesen und seinen Willen offenbart hat. Mit diesem Motto soll aber nicht ausgeblendet werden, dass die biblische Tradition - wie nahezu jede religiöse Tradition - Potentiale der Intoleranz in sich trägt. Meine These ist allerdings: Weil Gott sich, so wie durch Jesaja gesagt, als ein Gott des Friedens offenbart, sind wir auf den Weg der Toleranz gewiesen. Und es ist die Frage an uns gestellt, ob es uns gelingt, in Vielfalt friedlich mit anderen zu leben.

Das möchte ich nun berichtend und fragend erkunden. In Umkehrung des biblischen Mottos beginne ich bei den Nahen. „Bei den Nahen“ bedeutet: im Protestantismus.

(2.) Protestantismus

Der äußere Anlass, so zu beginnen, sind zwei Jubiläen. Diese verweisen auf die eigene Toleranz- bzw. Intoleranz-Geschichte und auf aktuelle Herausforderungen.

Vor wenigen Wochen, am 16. März, jährte sich zum 40. Mal der Tag, an dem die Leuenberger Konkordie verabschiedet wurde. Die Leuenberger Konkordie ist das

wohl wichtigste Dokument innerprotestantischer Ökumene des 20. Jahrhunderts. Mit ihr wurde der Bruch zwischen lutherischen und reformierten Kirchen weithin überwunden. Er hatte sich seit dem 16. Jahrhundert im Wesentlichen in der Frage nach der Gegenwart Christi im Abendmahl aufgetan. Ein wichtiges Vorläuferdokument sind die Arnoldshainer Abendmahlsthesen aus dem Jahr 1957. Mittlerweile haben über 100 protestantische Kirchen die Konkordie unterzeichnet und sind der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), wie die Leuenberger Kirchengemeinschaft seit 2001 heißt, beigetreten.

Die zustimmenden lutherischen, reformierten und unierten Kirchen, zu denen auch die frühreformatorischen Kirchen der Böhmisches Brüder und der Waldenser und seit 1997 die methodistische Kirche gehören, erklären miteinander Kirchengemeinschaft. Diese Kirchengemeinschaft beinhaltet Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft und eine gegenseitige Anerkennung der Ordination. Sie gründet im „gemeinsamen Verständnis des Evangeliums“ von der Rechtfertigung allein aus Gnaden, allein durch den Glauben. Das Besondere und ökumenisch Neue der Leuenberger Konkordie besteht darin, dass Kirchengemeinschaft erklärt wurde trotz weiter bestehender verschiedener Bekenntnisse, die auch in Geltung bleiben. Es wird allerdings erklärt, dass die gegenseitigen Verwerfungen aus der Reformationszeit den gegenwärtigen Stand der Lehre nicht mehr betreffen. Die Kirchen der GEKE verstehen ihre Kirchengemeinschaft darum als „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“. Es geht nicht darum, eine protestantische Einheitskonfession oder Einheitskirche zu etablieren. Die Leuenberger Konkordie versteht sich ausdrücklich nicht als neues Bekenntnis. Sie beinhaltet aber die Selbstverpflichtung zur Gemeinsamkeit in Zeugnis und Dienst und zur theologischen Weiterarbeit. So soll die Kirchengemeinschaft mit Leben erfüllt und weiterentwickelt werden, und zwar auf der Grundlage bestehender Bekenntnisstraditionen.

Auf eine dieser Bekenntnisstraditionen verweist das zweite Jubiläum, das insbesondere für die reformierten Gemeinden auch in unserer Kirche eine große Bedeutung hat. Die wichtigste Bekenntnisschrift für die deutsche reformierte Kirche, der Heidelberger Katechismus, ist vor 450 Jahren erschienen. Als ein Mitverfasser wird übrigens neben dem Heidelberger Theologieprofessor Zacharias Ursinus der damals in Herborn wirkende Kaspar Olevian genannt. Der Heidelberger Katechismus wurde für die reformierte Kurpfalz verfasst und hatte sich das Ziel gesetzt, die unterschiedlichen reformatorischen Richtungen zu integrieren. Dies ist an der entschiedenen Ablehnung der lutherischen Seite gescheitert. Heute muss man und kann man mit Dankbarkeit sagen, dass der Heidelberger Katechismus zusammen mit Martin Luthers Kleinem Katechismus weltweit die wohl wirkungsmächtigste und am weitesten verbreitete Zusammenfassung reformatorischen Glaubens ist. Der Heidelberger Katechismus ist sicher kein Dokument der religiösen Toleranz, aber ein Dokument, das um die Klärung und Vermittlung der eigenen Position in versöhnlicher Perspektive ringt. Und es ist ein Dokument, das bis heute mit großem Gewinn gelesen und gelernt werden kann.

Die Hinweise auf die Jubiläen der Leuenberger Konkordie und des Heidelberger Katechismus sollen verdeutlichen: Die Reformation hat nicht nur die Trennung von der römisch-katholischen Kirche gebracht, sie hat auch innerhalb des Protestantismus zu konfessionellen Differenzierungen geführt. Manche sprechen übrigens nicht von der Reformation, sondern von einer Vielzahl von „Reformationen“. Und es hat wahrlich lange gedauert, bis es gelungen ist, zu einem guten Miteinander zu finden –

über 400 Jahre! Sich dies bewusst zu machen, mag einerseits vor jeder Art protestantischer Überheblichkeit in Sachen Toleranz bewahren. Es kann aber andererseits auch verdeutlichen, dass es gelingen kann, Trennungen zu überwinden, ohne dabei eigene Positionen und Traditionen aufzugeben. Ich halte das Modell „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ nach wie vor für zukunftsweisend. Ich halte es darüber hinaus auch für biblisch und dem Evangelium angemessen, weil die Schriften des neutestamentlichen Kanons bereits Einheit und innere Differenzierung und Akzentuierung erkennen lassen.

Ich sehe zurzeit drei Aufgaben für gelebte Toleranz innerhalb des Protestantismus.

1. Innerhalb der EKD muss die Zusammenarbeit der sogenannten konfessionellen Bünde weiterentwickelt werden. Wir sind als EKHN im Jahr 2006 der Union Evangelischer Kirchen (UEK) beigetreten, die aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Evangelischen Kirche der Union (EKU) und den Kirchen der Arnolds-hainer Konferenz entstanden ist. Der UEK ist auch der Reformierte Bund assoziiert. Die lutherischen Kirchen sind in der Vereinigten Evangelisch Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) miteinander verbunden. Im sogenannten Verbindungsmodell tagen die Synode der VELKD und die Vollversammlung der UEK parallel im Zusammenhang der EKD-Synode. Ich bin sehr dankbar, dass während der Herbsttagungen im letzten Jahr sowohl in der Synode der VELKD als auch in der Vollversammlung der UEK und dann zusammengeführt in der EKD-Synode die Initiative ergriffen wurde, das Zusammenspiel von UEK, VELKD und EKD weiterzuentwickeln. Nach meinem Eindruck zeichnet sich ein Konsens darüber ab, dass die konfessionellen Bünde nicht in die EKD hinein aufgelöst werden sollen. Es soll aber noch mehr Gemeinsamkeit geben. Damit geht einher, dass die konfessionellen Bünde ihre wesentliche Aufgabe darin sehen, in der theologischen Arbeit ihre konfessionellen Traditionen zu pflegen, und zwar nicht in rückwärtsgewandter Traditionspflege, sondern um sie für aktuelle theologische Debatten fruchtbar zu machen. Die EKD muss dabei nicht die Rolle einer protestantischen Einheitskirche bekommen. Sie kann aber meines Erachtens sehr wohl auf Grundlage der mit der Leuenberger Konkordie vereinbarten Kirchengemeinschaft als Kirche verstanden werden, in der die Bekenntnisvielfalt der Gliedkirchen beibehalten wird. Die Leuenberger Konkordie muss dabei nicht in den Rang eines Bekenntnisses erhoben werden.
2. Gelebte Toleranz im Protestantismus fordert dazu heraus, das Verhältnis zu den Freikirchen und Charismatikern gut zu gestalten. Die verfolgten Täufer und Spiritualisten der Reformationszeit sind meist nicht die direkten Vorfahren der heutigen Freikirchen, aber sehr wohl ihre Väter und Mütter im Glauben. Es sind nicht zuletzt die Verfolgten der Reformationszeit und ihre Nachkommen, die den Weg zu dem geebnet haben, was wir heute unter Religionsfreiheit verstehen. Sie verweisen darauf, sich die eigene Geschichte bewusst zu machen, sie aufzuarbeiten und auch Versöhnungsprozesse zu initiieren. Das Schuldbekenntnis und die Erklärung der eucharistischen Gastbereitschaft mit den Mennoniten ist ein Beispiel für die notwendige „Heilung der Erinnerungen“. Die Freikirchen sind meines Erachtens unbedingt in die Vorbereitungen des Reformationsjubiläums einzubeziehen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK). Ich selbst habe, wie im vergangenen Jahr in meinem Bericht angekündigt, Kontakt zu Vertretern charismatischer Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet aufgenommen. Die Kontaktaufnahme wurde

sehr begrüßt, eine Fortsetzung des Gesprächs ausdrücklich gewünscht. Gerade in solchen Gesprächen ist außerordentlich wichtig, sich gegenseitig in den unterschiedlichen Glaubenserfahrungen zu respektieren und anzuerkennen. Dies schließt ein, Gemeinsames zu bekennen und auch Trennendes deutlich zu benennen.

3. Die weltweite Vielfalt des Protestantismus begegnet uns nicht zuletzt in den sogenannten „Gemeinden anderer Sprache und Herkunft“. Diese fordern uns heraus, der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Migration in unserer Kirche Raum zu geben und die Pluralität protestantischen Lebens und Bekennens auch in kultureller Hinsicht zu verwirklichen.

(3.) Ökumene

Ökumene verstanden als weltweite Christenheit umfasst neben den bereits genannten vielfältigen innerprotestantischen Beziehungen auch die Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche und den orthodoxen Kirchen.

Vertreter der Orthodoxie arbeiten in der ACK mit. Die Kontakte sind sehr geschwisterlich und freundschaftlich. Für mich war es ein schönes Erlebnis, im vergangenen Herbst erstmals den von der ACK initiierten „Tag der Schöpfung“ in der Grube Messel gemeinsam mit Generalvikar Dietmar Giebelmann vom Bistum Mainz, dem methodistischen Superintendenten Carl Hecker und Archimandrit Athenagoras Ziliaskopoulos von der Griechisch-Orthodoxen Metropolie Frankfurt zu feiern. Darüber hinaus sind wir sehr froh, die Arbeit der griechisch-orthodoxen Gemeinde in Frankfurt gemeinsam mit dem Evangelischen Regionalverband mit der Einrichtung einer muttersprachlichen Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten aus Griechenland unterstützen zu können. Angesichts der Not in Griechenland ist dies auch ein Beitrag europäischer christlicher Solidarität.

Viele Menschen beschäftigt zurzeit die Frage, wie es denn in der Ökumene weitergehen wird. Und gemeint ist dabei zuallererst die Beziehung zur römisch-katholischen Kirche. Diese Beziehung ist insbesondere für uns in Deutschland von großer Bedeutung, zumal damit für nicht wenige Menschen auch persönliche leidvolle Konflikterfahrungen verbunden sind, insbesondere in gemischt konfessionellen Ehen.

Wie sind nun aber die jüngsten Entwicklungen in der römisch-katholischen Kirche einzuschätzen?

Der Rücktritt von Papst Benedikt XVI. hat weltweit überrascht und ihm noch einmal großen Respekt eingebracht. Manche meinen, dass der Rücktritt als solcher eine Innovation für die katholische Kirche darstellt, die in ihren Auswirkungen noch gar nicht abzusehen ist. Kardinal Lehmann hat in seiner Würdigung dem Rücktritt sogar eine ökumenische Bedeutung beigemessen. Er sagte wörtlich: „Die Auswirkung dieses Rücktrittes bezieht sich aber auch auf das Verständnis des geistlichen Amtes und besonders auch des Papsttums selbst [...]. Es ist für viele Menschen wohltuend, wenn wir auch in der Kirche bekennen, dass wir angesichts der verfügbaren Kräfte einem Dienst nicht mehr voll entsprechen können. Vielleicht bekommt dadurch das Papsttum ein menschlicheres Gesicht. Dies könnte auch bisher wenig geahnte

Folgen haben für das ökumenische Gespräch über die Rolle und Struktur des Papsttums. Es unterstreicht die Demut, die zugleich in diesem Amt liegt und ganz besonders in Benedikt XVI. überzeugend zum Ausdruck kommt.“⁶

Nur kurze Zeit nach dem Vollzug des Rücktritts wählte das Konklave am 13. März Kardinal Jorge Mario Bergoglio zum neuen Papst. Die Wahl setzte neue Akzente: erstmals ein Papst aus Lateinamerika, erstmals ein Jesuit. Und der gewählte Papst setzte ebenfalls sofort neue Akzente: Er wählte als erster Papst den Namen Franziskus und deutete nicht nur durch die Wahl des Namens, sondern auch durch seine ersten Auftritte einen neuen Stil an. Der bescheiden und menschlich auftretende Papst sprach von sich selbst und seinem Vorgänger vom „Bischof von Rom“, ohne das Wort Papst zu erwähnen und bat für den „Weg von Bischof und Volk“ zuerst um ein Gebet der Menschen auf dem Petersplatz und verneigte sich vor ihnen. In seiner ersten Predigt nach seiner Wahl mit den Kardinälen in der Sixtinischen Kapelle sagte er: „Wenn wir ohne das Kreuz gehen, wenn wir ohne das Kreuz aufbauen und Christus ohne das Kreuz bekennen, sind wir nicht Jünger des Herrn: Wir sind weltlich, wir sind Bischöfe, Priester, Kardinäle, aber nicht Jünger des Herrn.“⁷ Er plädiert damit für eine Kirche, die nicht selbstverliebt und selbstbezogen ist, sondern mit Jesus Christus nach außen geht. Über seine Erwartungen an den neuen Papst hat er im Vorkonklave, ohne zu wissen, dass er es selbst sein würde gesagt: „Er soll ein Mann sein, der aus der Betrachtung Jesu Christi und aus der Anbetung Jesu Christi der Kirche hilft, an die existenziellen Enden der Erde zu gehen, der ihr hilft, die fruchtbare Mutter zu sein, die aus der süßen und tröstenden Freude der Verkündigung lebt.“⁸

Ohne die Erwartungen zu hoch zu stecken, stimmen mich diese Töne und auch die bisherigen Signale hoffnungsvoll. Es ist zu erwarten, dass der neue Papst sich wichtiger globaler Themen wie der Armutfrage annimmt. Es ist auch eine deutliche Konzentration auf Christus zu hören, die dem Verständnis der Kirche übergeordnet wird. Aus evangelischer Sicht sage ich: Dieser Ansatz bietet Chancen. Denn was uns verbindet, ist die geglaubte Gemeinschaft in Christus. Was uns trennt, ist ein unterschiedliches Verständnis der Heilsbedeutung der Kirche als Institution. Wir glauben, dass uns Einheit in Christus geschenkt wird und dass es diese Einheit verträgt, in verschieden gestalteten Kirchen gelebt zu werden. Die sichtbare Einheit ist nach unserem Verständnis die in der Feier von Wort und Sakrament empfangene Einheit, die Menschen stärkt und sendet zum Dienst in der Welt und an der Welt.

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, das Reformationsjubiläum 2017 nicht als Fest der Lutherverehrung oder als selbstverliebtes Fest protestantischer Kirchwerdung zu feiern, sondern als Fest der Christus-Begegnung und der Christus-Gemeinschaft. Es wäre schön, wenn die katholische Kirche dieses Fest so mitfeiern könnte, dass es uns der gefeierten Einheit in Christus näherbringt. Und ich wünsche mir, dass unsere Gemeinden nicht nachlassen, mit den katholischen Geschwistern Ökumene vor Ort zu suchen und zu leben.

⁶ Karl Kardinal Lehmann, Hirtenwort des Bischofs von Mainz zur Österlichen Bußzeit 2013, S. 12.

⁷ http://de.radiovaticana.va/news/2013/03/14/die_predigt_des_neuen_papstes_im_volltext/ted-673516, zuletzt abgerufen am 20.04.2013.

⁸ <http://blog.radiovatican.de/die-kirche-die-sich-um-sich-selber-dreht-theologischer-narzissmus>, zuletzt abgerufen am 20.04.2013.

(4.) Judentum

Wenn man das Christus-Bekenntnis stark macht, könnte dies zugleich als eine Abgrenzung vom Judentum verstanden werden. Hierzu ist zu sagen: Es ist ein verhängnisvoller Irrweg der christlichen Theologie gewesen, das Judentum als „Vorläuferreligion“ des Christentums zu verstehen, die durch das Christentum überboten werde und ihre Berechtigung verloren habe. In diesen Zusammenhang gehören die unsäglichen Äußerungen Martin Luthers in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ aus dem Jahr 1543. Hier empfahl er geradezu, jüdisches Leben in Deutschland auszulöschen, indem Synagogen verbrannt und Häuser zerstört werden, indem Rabbinern verboten wird zu lehren und jüdische Schriften eingezogen werden. Gerade diese Äußerungen gehören zu den sehr dunklen Schattenseiten der Reformation. Diese Äußerungen sind nicht zu begreifen, zumal Luther in seiner Schrift „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“ aus dem Jahr 1523 einen anderen Weg eingeschlagen hatte. In dieser Schrift empfahl er – entgegen dem Trend seiner Zeit - den Juden gegenüber freundlich zu sein und sich vom Evangelium leiten zu lassen.

Erst das Erschrecken über das Ausmaß der Schoa führte in der Nachkriegszeit zu einem Umdenken in der christlichen Theologie. Ein Ergebnis war die Erweiterung des Grundartikels der EKHN im Jahr 1991. Unser Grundartikel enthält nun ein Schuldbekenntnis und zeigt theologisches Umdenken. Im Verweis auf die „bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen“ erkennen wir an, dass das Judentum, um mit Paulus zu sprechen, die Wurzel ist, die das Christentum trägt (Röm 11,18). Es ist völlig unangemessen, von einer Überbietung des Judentums durch das Christentum zu reden, denn durch Jesus Christus wurde den Völkern der Zugang zu dem Gott Israels erschlossen und zu dem Heil, das er seinem Volk verheißen hat. Man kann deshalb auch sagen: Das Christus-Bekenntnis trennt uns insofern vom Judentum, als wir in Christus den verheißenen Messias sehen und das Judentum dies nicht tut. Das Christus-Bekenntnis verbindet uns aber zugleich mit dem Judentum, weil der Gott, zu dem uns Christus führt, kein anderer ist als der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs. Gottes Weg mit Israel wird durch das Bekenntnis zu Christus nicht in Frage gestellt, sondern bleibt der Weg seiner Verheißungen und der Unbegreiflichkeit seiner Wege (Röm 11,33). Jede Form von Judenmission ist deshalb abzulehnen.

Weil wir so mit dem Judentum verbunden sind, ist uns in der EKHN sehr an einem guten Verhältnis zu Jüdinnen und Juden gelegen. Die EKHN beteiligt sich deshalb seit langem auf vielen Ebenen engagiert am jüdisch-christlichen Dialog. Dazu zählen Bildungs- und Begegnungsprojekte des Arbeitskreises „Im Dialog“, des Zentrums Ökumene, der Evangelischen Akademie, interreligiöse Gespräche und Gedenkprojekte in Dekanaten und Gemeinden und in den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Es ist schön, dass im Zentrum Ökumene zwei Mal jährlich ein runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinden tagt. Wir sind dankbar dafür, dass auch bei uns die jüdischen Gemeinden wachsen. Wir pflegen freundschaftliche und nachbarschaftliche Kontakte. Präses Oelschläger war bei der Einführung von Rabbiner Julian-Chaim Soussan in Mainz, ich habe den Rabbiner vor wenigen Wochen besucht und in sehr vertrauensvoller Atmosphäre mit ihm geredet.

Ich bin sehr froh, dass in der Politik nach dem Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichtes im vergangenen Sommer schnell ein Weg gefunden wurde, Rechtssicherheit herzustellen. Bei aller Berechtigung der Abwägung von Rechtsgütern war das Urteil von mangelnder religiöser Sensibilität gekennzeichnet. Ein Verbot der Beschneidung hätte vor allem für Juden, aber auch für Muslime bedeutet, dass die volle Ausübung ihrer Religion in Deutschland nicht möglich gewesen wäre. Erschreckend war für mich, dass die Diskussion neben der zum Teil auch sehr guten sachlichen Auseinandersetzung von antijüdischen, antisemitischen, antimuslimischen und antireligiösen Ressentiments geprägt war.

Wir sind aufgrund unserer Geschichte dem Judentum und auch dem Staat Israel gegenüber in einer besonderen Situation. Das Existenzrecht Israels darf in keiner Weise in Frage gestellt werden. Im christlichen-jüdischen Gespräch haben wir in unserer Kirche auch gelernt, dass für sehr viele Jüdinnen und Juden die Beziehung zum „Land Israel“ (Eretz Israel) ein zentrales Thema ist. Die Diskussion darüber, wie wir die theologische Bedeutung dieses Bezugs zum Land Israel verstehen und würdigen können, ist bei uns noch nicht abgeschlossen. Wir sind uns aber einig, dass Bibeltex te nicht missbraucht werden dürfen, um einseitige Grenzziehungen zu legitimieren. Mit Sorge sehen wir auf die vielen ungelösten Fragen im Nahostkonflikt. Wir wünschen als Kirche ein friedliches und gerechtes Zusammenleben von Menschen aller Kulturen und Religionen. Politisch halten wir nach wie vor eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina für erforderlich. Diese scheint jedoch offenbar in weiter Ferne zu sein.

So jedenfalls haben Präses Oelschläger und ich es mit denen, die uns begleiteten, bei einer Reise nach Israel und Palästina im Oktober letzten Jahres erlebt. Über das Zentrum Ökumene und den „Arbeitskreis für das christlich-jüdische Gespräch in Hessen und Nassau, Im Dialog“ verfügen wir über vielfältige Kontakte. Diese haben wir bei unserem Besuch genutzt. Mit jüdischen Freundinnen und Freunden haben wir in Jerusalem Schabbat gefeiert, mit arabischen christlichen Geschwistern in Beit Jala den Sonntagsgottesdienst. Es war eine irritierende Reise. Wir haben einerseits eindrückliche Schilderungen über die prekäre Sicherheitslage Israels gehört und andererseits die bedrückenden Folgen der israelischen Besatzungspolitik etwa bei der Begehung der Sperranlagen in Beit Jala hautnah erleben können. Von den politischen Gesprächspartnern in Israel haben wir gehört, dass in den letzten Jahren die Freundschaft zwischen Israel und Deutschland gewachsen sei und dass diese vertiefte Freundschaft auch Kritik zuließe. Bei den Gesprächspartnern auf palästinensischer Seite war große Hoffnungslosigkeit, bisweilen tiefe Resignation zu spüren. Begegnungen mit Menschenrechtsgruppen wie den Rabbinern für Menschenrechte und israelisch-palästinensischen Versöhnungsinitiativen wie die Combatants for Peace waren wirkliche Hoffnungszeichen. In Beit Jala haben wir einige Jugendliche getroffen, die an der vom Dekanat St. Goarshausen vor zwei Jahren initiierten und veranstalteten Jugendbegegnung zwischen israelischen, palästinensischen und deutschen Jugendlichen beteiligt waren und die uns noch einmal versicherten, wie wertvoll und ermutigend diese Begegnung für sie war.

Was nehmen wir mit und was können wir tun? Dokumentiert durch einen Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, in der Präses Oelschläger und ich gemeinsam einen Kranz unserer Kirche niedergelegt haben, sehen wir die klare Verpflichtung, unaufhörlich an der Versöhnung mit Jüdinnen und Juden weiterzuarbeiten – ohne jedes Wenn und Aber. Wir sehen uns zugleich verpflichtet, alle Schritte zu

unterstützen, die um des Friedens und der Gerechtigkeit willen auf eine wirksame Verständigung von Israelis und Palästinensern zielen. Wir leiden mit den bedrückten Menschen unter der Besatzung und andauernder Bedrohung. Wir können und sollen unsere Stimme für sie erheben, auch in der Kritik einseitiger politischer Entscheidungen und nicht hinnehmbarer Gewalt. Wir hoffen und beten, dass ein Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse im Nahen Osten gefunden wird. Und wir unterstützen und fördern insbesondere Projekte in Israel und Palästina, die der Begegnung und der Versöhnung dienen. Dazu gehört auch die Förderung des Projektes Cinema Jenin gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und anderen Kooperationspartnern. An die EU als Mitglied des Nahost-Quartetts appelliere ich, alles daran zu setzen, dass die Gespräche zwischen Israel und Palästina wieder in Gang kommen. Es darf keine Zeit verloren werden, weil die Eskalation von Gewalt droht.

Am Ende dieses Abschnitts soll aber noch eine Forderung stehen, die an uns selbst gerichtet ist: Es stünde uns als Evangelische Kirche in Deutschland gut an, uns auf dem Weg zum Reformationsjubiläum durch eine offizielle Bekundung deutlich von Luthers antijüdischen Äußerungen zu distanzieren.

(5.) Islam

Kaum ein religiöses Thema hat die Gemüter der Menschen in unserem Land in den letzten Jahren mehr bewegt als die Frage nach der Einschätzung des Islam. Dabei darf nicht übersehen werden, dass damit auch immer die Wahrnehmung kultureller und sozialer Unterschiede einhergeht, die mit der Religion verbunden werden. Immer wieder erhalte ich Zuschriften von Kirchenmitgliedern, die mir vorhalten, dass die evangelische Kirche dem Islam gegenüber viel zu tolerant sei. Hier sei etwas anderes geboten. Gelegentlich wird dabei auch auf Martin Luther und seine Haltung zu den Muslimen verwiesen, an der wir uns doch orientieren sollten.

In der Tat sind bei dem Reformator sehr scharfe und auch gewaltvolle Äußerungen gegenüber dem Islam zu finden. Hier muss ich allerdings gleich präzisieren. Es sind in der Regel keine Äußerungen gegen den Islam generell, sondern gegen die „Türken“, weil der Expansionsdrang des Osmanischen Reiches damals als die große politisch-militärische Bedrohung galt. Sicher gehören diese Äußerungen Luthers zu den „Schatten der Reformation“. Sie verdienen es aber auch, genau in ihrem historischen Zusammenhang betrachtet zu werden. Das kann und will ich hier nicht leisten. Nur so viel: Sie sind zum einen eng verbunden mit dem Versuch, den eigenen Glauben zu verteidigen. Und sie sind zum anderen eingebunden in ein apokalyptisches Weltverständnis, das mit einem bevorstehenden Weltuntergang rechnete und in das Luther die osmanische Expansion als Angriff des Satans einordnete.

Neben dieser Sichtweise finden sich bei Luther aber auch ganz andere Gedanken. Er lobt – ich zitiere wörtlich - „die Religion der Türken bzw. Mohammeds“, die „durch die Zeremonien, fast würde ich sagen durch die Sitten, um vieles wohlgestalteter ist als die Religion der Unseren“.⁹ Luther befördert die Herausgabe des Korans und empfiehlt diesen vor allem den Gelehrten zum Studium. Während etliche dies für

⁹ Martin Luther, Vorwort zum Libellus de ritu et moribus Turcorum (1530). Zitiert nach Athina Lexutt Detlef Metz (Hg.), Christentum – Islam, Köln u.a. 2009, S. 175.

gefährlich halten, ist er der Überzeugung, dass nichts besser sei als die Auseinandersetzung mit der Quelle selbst. Er vertraut dabei freilich darauf, dass sich in dieser Auseinandersetzung die Irrtümer bzw. die Irrlehren – wie Luther denkt - des Islam zeigen würden. Und er unterstellt dabei, dass es sich bei der Religion der Muslime um eine christliche Irrlehre handelt. Diese Auffassung prägt übrigens auch die Aussagen in den reformatorischen Bekenntnissen. Das ist bemerkenswert. Denn damit ist einerseits gesagt, dass sich der Glaube der Muslime auf den einen und einzigen und damit gemeinsamen Gott bezieht, auch wenn dieser nach Auffassung Luthers falsch beschrieben und verehrt wird. Und es wird zugleich andererseits – aus heutiger Sicht gesehen – dem Islam die Anerkennung als eigenständige Religion versagt.

Wir stehen heute in einer anderen Situation. Was Luther über den Islam wusste, war literarisch und durch mündliche Berichte vermittelt. Luther hat vermutlich niemals selbst mit einem Muslim gesprochen und natürlich nie eine Moschee betreten. Heute leben wir mit Muslimen zusammen. Musliminnen und Muslime leben in Deutschland. Sie gehören zu Deutschland und mit ihnen gehört auch der Islam zu Deutschland. Unser Bild wird davon bestimmt, was wir über die Situation in muslimisch geprägten Ländern erfahren und durch unsere Begegnungen und unser Zusammenleben mit Muslimen in unserem, gewiss nach wie vor christlich geprägten Land. Wenn wir genau hinschauen, entdecken wir das, was der damalige Bundespräsident Johannes Rau beim Festakt zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing im Jahr 2004 in Wolfenbüttel gesagt hat: „Uns sollte immer bewusst sein, dass es **das** Judentum so wenig gibt wie **den** Islam und so wenig wie **das** Christentum oder **die** westliche Welt.“¹⁰ Wer genau hinschaut, wird auch erkennen, dass jede Religion Potentiale zur Toleranz und zur Intoleranz in sich trägt. Es wäre völlig unangemessen, den Islam als Religion der Intoleranz und das Christentum als Religion der Toleranz einander gegenüber zu stellen. So findet sich etwa Luthers Aussage, dass es in der Religion keinen Zwang geben darf, wortwörtlich im Koran: „Es gibt keinen Zwang im Glauben.“ (Sure 2,256) Oder die Mahnung zum Respekt vor dem Glauben anderer: „Ihr Gläubigen, wenn ihr auf dem Weg Gottes wandert, sammelt erst einmal genug Wissen, und sagt zu keinem, der euch friedlich grüßt: ‘Du bist kein Glaubender’.“ (Sure 4,94)¹¹ Selbstverständlich finden sich in den jeweiligen Traditionen auch völlig gegenläufige Aussagen. Entscheidend ist doch immer, wie diese Aussagen gewichtet werden und wie die jeweilige Religion gelebt wird. Und hier kann ein Dialog dazu führen, wenn er von Vertrauen und Respekt geprägt ist, sich auch gegenseitig auf der Grundlage der je eigenen Ansprüche zu befragen. Da mögen Christen Muslime fragen, was es für sie bedeutet, Andersgläubige zu respektieren. Und es mögen Muslime Christen fragen, was für sie das Gebot der Nächstenliebe und der Feindesliebe bedeutet.

Als EKHN fördern und begrüßen wir alle Aktivitäten in unserer Kirche und in unseren Gemeinden, die Begegnungen und Gespräche ermöglichen. Einige Projekte möchte ich kurz beschreiben:

¹⁰ http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2004/01/20040122_Rede.html, zuletzt abgerufen am 20.04.2013.

¹¹ Beide Koran-Zitate nach Rabeya Müller, Toleranz und Fundamentalismus aus muslimischer Perspektive, in: ZGP 31 (2013), S. 17 - 19.

Seit einigen Jahren gibt es den „Tag des Dialogs“, an dem wir gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck Gespräche mit Vertretern muslimischer Verbände führen. Bei der letzten Begegnung mit Vertretern der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) und des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) haben wir uns unter anderem mit den Aussagen Luthers über den Islam beschäftigt und unseren muslimischen Gesprächspartnern den historischen Zusammenhang und die Bedeutung dieser Aussagen heute erläutert. Im Blick auf aktuelle Fragen waren wir uns sehr einig, dass Aktivitäten und Positionen salafistischer Muslime in verschiedenen hessischen Städten nicht mit unserem gemeinsamen Verständnis von Toleranz zu vereinbaren sind. Unsere Gesprächspartner wiesen deutlich darauf hin, dass diese nicht in Übereinstimmung mit ihrem Verständnis des Islam sind.

In diesem Jahr hat der Runde Tisch deutscher und türkischer Medien im Rhein-Main-Gebiet sein fünfjähriges Bestehen gefeiert. Zusammen mit dem Bistum Limburg und der Quandt-Stiftung ist das Zentrum Ökumene Träger dieses Runden Tisches, der zu einem Dialog zwischen deutschen und türkischen Medien und zu einer kompetenten und sachlichen Berichterstattung beitragen möchte. Diese Form des Dialoges wurde in den letzten Jahren von der Hessischen Landesregierung als wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Religionsgemeinschaften in unserer Gesellschaft sehr geschätzt. Nicht nur auf muslimischer Seite gerieten fundamentalistische Gruppen in die Schlagzeilen. Die Aufklärung der NSU-Morde hat gezeigt, wie tief der Rassismus gegenüber anderen Religionen und Kulturen noch immer in der deutschen Gesellschaft präsent ist und dass er zu radikalen Gewalttaten führen kann. Um dem entgegen zu wirken, fördern wir den christlich-islamischen Dialog auf allen Ebenen.

Mittlerweile ist durch die Arbeit des Zentrums Ökumene, durch die Arbeit der Fach- und Profilstellen für Ökumene mit interreligiösem Schwerpunkt, durch die Konferenz für Islamfragen in der EKHN und manche andere ein Netzwerk von kompetenten Ansprechpartnerinnen und – partnern entstanden. Deren Kompetenz im interreligiösen Dialog wird inzwischen auch gerne außerhalb der Kirche von Nichtregierungsorganisationen, der Bundespolizei, Sozialämtern, Kommunen und Landesregierungen in Anspruch genommen.

Beim Dialog geht es vielfach nicht um theologische Theoriegespräche, sondern um Fragen des Zusammenlebens. Im Zentrum Ökumene wurde deshalb eine Orientierungshilfe für das Feiern gemeinsamer Feste, für die Praxis christlich-muslimischer Trauungen oder Beerdigungen erarbeitet. Diese Orientierungshilfe ist ein erster Versuch, theologisch und seelsorgerlich verantwortet auf Anfragen und Anforderungen aus Gemeinden heraus zu reagieren.

Unterstützend sind wir als EKHN tätig bei der Ausbildung von muslimischen Krankenhaus- und Notfallseelsorgern. Hier kooperieren wir mit dem muslimischen Hilfswerk „Grüner Halbmond“ in Frankfurt.

Wir begrüßen die Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes an hessischen Schulen, und sind in Hessen und in Rheinland-Pfalz bereit, unter fachdidaktischen Gesichtspunkten beratend und unterstützend bei der Entwicklung der Curricula mitzuwirken. Bekenntnisorientierter Islamischer Religionsunterricht an den Schulen, der analog zu unserem Religionsunterricht gestaltet wird, wird mittel- und langfristig die

Chance bieten, interreligiöse Begegnung und interreligiösen Dialog in bestimmten Phasen des Unterrichts an den Schulen einzuüben. Wir sehen darin eine große Chance, wirkliche religiöse Toleranz in unserer Gesellschaft zu fördern.

Der Abschnitt über das Verhältnis zum Islam wäre unvollständig, wenn ich nicht zumindest darauf hinweisen würde, dass wir sehr genau die schwierige Situation der Christinnen und Christen in den Ländern des sogenannten arabischen Frühlings verfolgen. Mit großer Sorge sehen wir, dass und wie sich die Situation in Ägypten und vor allem im Kriegsland Syrien für Christen verschlechtert hat. In Ägypten stehen wir vor allem mit der Nil-Synode, einer evangelisch-reformierten Kirche, in Kontakt. Wir bezuschussen verschiedene christlich-islamische Dialogprojekte der Nil-Synode. Mit den Christinnen und Christen im Nahen Osten sind wir insbesondere über die Near East School of Theology in Beirut verbunden. An dieser ältesten evangelischen theologischen Hochschule im Nahen Osten wird für den Pfarrdienst in evangelischen Gemeinden in Syrien, im Libanon, in Jordanien, Palästina und im Irak ausgebildet. Da auch immer wieder Pfarrerinnen und Pfarrer aus der EKHN dort ihren Studienurlaub verbringen, sind zahlreiche Kontakte entstanden, über die es auch konkrete Unterstützung in Einzelfällen gibt. Die Situation in Ägypten und in Syrien wirkt hinein in den christlich-islamischen Dialog bei uns. Immer wieder erleben es Organisatoren von Dialogveranstaltungen, dass syrische und koptische Christen die Veranstaltungen sprengen oder bei Medienauftritten vor dem Islam warnen und sogar Koalitionen mit rechtsradikalen Gruppierungen eingehen. Wir sehen uns in zweifacher Weise herausgefordert: zum einen zur Solidarität mit den christlichen Schwestern und Brüdern im Nahen Osten und zum anderen zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Christen und Muslimen hier bei uns und im Nahen Osten.

(6.) Plurale Gesellschaft

Ich bin bewusst gedanklich – bezogen auf Konfessionen und Religionen - einen Weg von innen nach außen gegangen, um es anders zu sagen: von den Nahen zu den Fernen. Und es ist klar, dass damit hinsichtlich unserer Gesellschaft die Kreise noch nicht zu Ende gezogen sind. Es gibt neben dem Islam noch weitere Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in unserer Gesellschaft, und es gibt diejenigen, die von sich selbst sagen, sie seien Agnostiker oder Atheisten.

Zum Abschluss kehre ich zurück zu meinen einleitenden Gedanken. Ich denke, dass nach christlichem Verständnis Toleranz mehr sein sollte als ein bloßes Dulden oder Ertragen anderer Meinungen. Ein solches Dulden und Ertragen wäre letztlich bestimmt von dem Grundgedanken einer eigenen Überlegenheit. Und es würde Menschen anderer Konfession, anderer Religion, anderer Weltanschauungen den Respekt und auch das Recht auf die Anerkennung ihres persönlichen Bekenntnisses verweigern. Das ist etwas, was wir von anderen im Blick auf uns sicher in Anspruch nehmen würden. Ich will betonen: Respekt und Anerkennung bedeuten nicht Gleichmacherei, sondern sie halten gerade bleibende Unterschiede und Fremdheit aus.

Toleranz so zu verstehen, ist gut in dem begründet, was wir glauben. Wir glauben, dass der Gott, der sich für uns in Jesus Christus offenbart hat und der uns die Gewissheit unseres Glaubens geschenkt hat, der Schöpfer aller Menschen ist. Und

wir glauben, dass sich sein Heilswillen und seine Liebe auf alle Menschen erstrecken. Wir glauben auch – und das ist die entscheidende reformatorische Einsicht gewesen –, dass der Glaube, durch den wir vor Gott gerecht sind, nicht Ergebnis unserer Entscheidung oder unserer Leistung ist. Dieser Glaube wurde und wird uns allein aus Gnade geschenkt durch das für uns unverfügbare Wirken des Heiligen Geistes. Gerechtfertigt wird der Mensch „nicht *auf Grund* des Glaubens, sondern *durch* den Glauben“.¹²

Wenn dies so ist, dann bleibt es allein in der Verfügung Gottes, wie er seinen Heilswillen an allen anderen Menschen realisiert. Wir sind gefordert, dass zu bezeugen und zu leben, was **wir** glauben. Dazu gehört der Glaube, dass wir unter dem Zuspruch und dem Anspruch der Wahrheit Gottes stehen. Wir müssen uns aber davor hüten, das, was wir über diese Wahrheit sagen und denken, mit dem Anspruch der Absolutheit als **seine** Wahrheit auszugeben. Und dazu gehört vor allem, allen unseren Mitmenschen – auch und gerade mit ihren abweichenden Überzeugungen – so zu begegnen, wie wir sie im Lichte Gottes sehen. Das heißt, dass wir auch sie als seine geliebten Kinder sehen, die getragen werden von seiner Güte und Liebe und bestimmt sind zu seinem Heil. Das ist die Wahrheit, die für uns Christus ist, und auf deren Weg, diese Wahrheit in Nächsten- und Feindesliebe zu leben, er uns gewiesen hat.¹³

Durch unseren Glauben sind wir gestärkt und herausgefordert, mit diesem Verständnis von Toleranz unsere Gesellschaft mit zu gestalten – wohl wissend, dass in einer pluralen Gesellschaft bestimmt nicht alle dieses Verständnis teilen. Deshalb geht es in einer pluralen Gesellschaft darum, immer eine Mehrheit zu finden, die akzeptiert, dass alle Menschen die gleiche Würde und das gleiche Recht auf Teilhabe am Leben haben. Das bedeutet zugleich: Wir brauchen einen Konsens darüber, dass nicht toleriert werden kann, wo dies angegriffen wird. Um der Toleranz willen kann nicht toleriert werden, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung oder aus irgendeinem anderen Grund das Lebensrecht oder das Recht auf Teilhabe an einer Gesellschaft bestritten wird. Ein solcher Konsens ist das Grundgesetz und die darin enthaltene Verpflichtung, die Menschenwürde und die Menschenrechte zu wahren. Diesen Konsens gilt es immer wieder neu zu bewahren und zu bewähren. Daran wollen wir mitwirken.

In einer pluralen, multireligiösen Gesellschaft braucht es gute Formen des Miteinanders der Religionen und des interreligiösen Gesprächs. Ein „Rat der Religionen“, wie wir ihn in Frankfurt haben, ist ein wichtiger Beitrag, um gemeinsam Gesellschaft zu gestalten. Der Direktor des Berliner Missionswerkes Roland Herpich hat treffend formuliert: „Interreligiöses Gespräch ist mehr als das Gespräch der ‚Dialogiker‘ aller Völker und Religionen, die sich ohnehin verstehen und in Kreisen Gleichgesinnter sammeln und verständigen. Interreligiöses Gespräch ist ein Beitrag der Glaubenden aller Religionen für die Liebe Gottes für eine Welt in Frieden und Gerechtigkeit. Hier gilt es, einander ernst zu nehmen, ohne Zwang, ohne Vorurteile, ohne Bekehrungsabsichten.“¹⁴

¹² Reinhold Bernhardt, Wahrheit in Offenheit. Der christliche Glaube und die Religionen. SEK Position 8. Hg. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund. o.O. 2007, S. 37.

¹³ In diesem Sinn ist meines Erachtens Joh 14,6 zu verstehen und nicht als erkenntnistheoretische Begründung einer absoluten Wahrheit.

¹⁴ Roland Herpich, Den Toleranzbegriff entwickeln und leben. Toleranz und Mission im interreligiösen Dialog, ZGP 31 (2013), 12 - 15. S. 15.

Zu dem Beitrag, den wir leisten können, gehört deshalb auch, dass wir uns selbst darum mühen, Toleranz so zu leben, wie wir es für gut halten – das gilt auch innerchristlich im Verhältnis der unterschiedlichen Bekenntnisorientierungen und Konfessionen, aber auch in unserer Kirche und in unseren Gemeinden.

Eine große, sehr konkrete Herausforderung, die uns in nächster Zeit intensiver beschäftigen wird, ist die Frage, ob wir uns vorstellen können, Menschen anderer Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen zur Mitarbeit in unserer Kirche und unserer Diakonie einzuladen. Können wir uns vorstellen, nicht nur *Kirche für andere* zu sein, sondern auch *Kirche mit anderen*? Dulden und Ertragen wir dies nur, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt? Oder können wir es auch wollen und akzeptieren? Das Thema interkulturelle und interreligiöse Öffnung in den Arbeitsverhältnissen ist ein Prüfstein für unser Verständnis von Toleranz. Ich weiß: Hier ist manches rechtlich und theologisch zu bedenken. Aber ich sage auch: gerade aus unserem Glauben heraus sollten wir mehr Mut und Gestaltungskraft haben und nicht warten, bis wir von außen gedrängt werden, das zu tun, was wir anderen unter den Stichworten Toleranz und Integration nahelegen. Und wäre es nicht auch theologisch ein wichtiges Zeichen, in den eigenen Strukturen und Arbeitsverhältnissen etwas von Gottes Einladung an alle Menschen abzubilden und erfahrbar zu machen?

Ich habe in diesem Jahr – ohne es exegetisch zu vertiefen – für meinen Bericht das Motto gewählt: „Friede denen in der Ferne und denen in der Nähe“. Dies habe ich in dem Glauben getan, dass unser Gott ein Gott des Friedens ist – des Friedens für alle Menschen. Und deshalb schließe ich diesmal mit der Bitte aus dem Lobgesang des Zacharias: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens.“ (Lk 1,79)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

